



Geld oder Liebe?

Ob wir Kinder kriegen, zusammenbleiben oder uns trennen, ist auch eine Frage des Geldes. Die Familie ist daher in den Fokus der Ökonomie gerückt.

Text ARIANE BREYER Illustrationen LAURA LÜNENBÜRGER

Fragt man Ehepaare, was sie bewogen hat, zu heiraten, sprechen sie meist über die Liebe. Über das Bedürfnis, sich zu jemandem zu bekennen, oder von dem Wagnis, sich für immer festzulegen. Davon, dass sich »meine Freundin« oder »mein Freund« irgendwann falsch anhörte.

Von Steuervorteilen sprechen sie selten. Dabei sind die nicht zu verachten, allein das Ehegattensplitting kann ein paar Tausend Euro jährlich in die Haushaltskasse spülen. Aber wenn es um Liebesdinge geht, will sich keiner beim Sparen erwischen lassen. Ob man sich verliebt, heiratet, Kinder bekommt, ob man dann auch zusammenbleibt — all das gilt als persönliche Herzensentscheidung. Dass es auch mit Geld zu tun hat, blenden wir gerne aus. Doch stünde man finanziell schlechter (oder besser) da, fielen diese Entscheidungen womöglich ganz anders aus.

»Für uns Ökonomen ist die Institution der Familie deshalb unheimlich interessant«, sagt Helmut Rainer. Am Münchner ifo Institut untersucht er, wie sich wirtschaftliche Unsicherheit auf sie auswirkt: Was geschieht mit der Geburtenrate, wenn der Arbeitsmarkt kriselt? Welchen Effekt hat es auf unsere Beziehungen, wenn die Hauspreise steigen? Für die Wirtschaftswissenschaft sind solche Fragen relativ neu, zuletzt rücken sie aber vermehrt in den Fokus. »Ob man heiratet, Kinder bekommt und wie man in sie investiert,

wird von der Wirtschaft beeinflusst«, sagt Rainer. »Und es wirkt wieder auf sie zurück.«

In Krisenzeiten heiraten weniger Paare. Es lassen sich aber auch weniger Paare scheiden. Wirtschaftswissenschaftler erklären das damit, dass der Versicherungswert einer Beziehung in unsicheren Zeiten steigt: Die Gefahr, ganz ohne Job da zu stehen, ist zu zweit geringer als alleine.

Auch ob ein Paar Kinder bekommt, ist zumindest in Teilen eine ökonomische Frage. Wer mit einem befristeten Arbeitsvertrag ins Berufsleben startet, hat laut einer Studie des ifo Instituts nicht nur schlechtere Karrierechancen und ein höheres Risiko, arbeitslos zu werden als jemand mit unbefristetem Vertrag. Er bekommt auch später — und daher weniger — Kinder.

Für Frauen gilt das in noch höherem Maße als für Männer: Landen sie nach der Ausbildung in einem unsicheren Beschäftigungsverhältnis, haben sie auch zehn Jahre später im Schnitt 0,3 Kinder weniger als Frauen, die sofort einen festen Vertrag erhalten. Das klingt erst einmal marginal, und hat doch eine große Wirkung: Hochgerechnet werden als Folge der Befristungen auf 100 Frauen innerhalb dieser zehn Jahre 8,5 Kinder weniger geboren.

In den vergangenen Jahren ist der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse gerade unter jungen Menschen stark gestiegen. Bei den unter 25-Jährigen war 2013 fast jeder Vierte befristet beschäftigt, bei den unter 35-Jährigen immer noch jeder Siebte. Bei Neueinstellungen sind Befristungen schon beinahe Standard: Seit Mitte der 2000er Jahre liegt ihr Anteil konstant bei fast 50 Prozent. Während die einen eine Familie gründen, sind die anderen noch damit beschäftigt, sich die dafür notwendige finanzielle Sicherheit zu erarbeiten.

Man könnte das als Schicksal einer Generation oder als privates Problem abtun, aber für die Wirtschaftswissenschaft sind Kinder eine Art öffentliches Gut. In einem umlagefinanzierten Sozialsystem profitieren alle von ihrer Existenz. Schließlich stemmen sie später auch die Renten derer, die keine Kinder haben.

Am Beispiel Deutschlands kann man Effekte wie diese lehrbuchmäßig studieren: Seit Ende der 1970er Jahre stieg die Arbeitslosigkeit hier schrittweise an, die Wirtschaftsleistung lag bis Anfang der 2000er Jahre unter dem Schnitt der Europäischen Union. Die Geburtenrate sank in diesem Zeitraum laut dem Statistischen Amt der EU von über zwei auf 1,3 Kinder pro Frau — um eine Überalterung der Gesellschaft zu verhindern, bräuchte es 2,1. Das Land begann, um sein Rentensystem zu bangen.

Allerdings bedeuten auch gute Arbeitsmarktbedingungen allein nicht zwangsläufig mehr Kinder. Bis Ende der 1970er Jahre stieg die Zahl der Geburten in den westeuropäischen Ländern immer dann, wenn die Männer einen sicheren Job hatten und gut verdienten. Waren die Arbeitsmarktbedingungen hingegen für Frauen gut, sank sie. Denn die finanziellen Einbußen, die eine Frau durch die Betreuung eines Kindes erlitten hätte, die sogenannten Opportunitätskosten, wogen schwerer.

Erst Anfang der 1980er Jahre wurde dieser Zusammenhang schwächer, besonders in Ländern mit flächendeckendem Betreuungssystem wie Frankreich. Auch in Deutschland konnte Leibniz-Ökonom Helmut Rainer das beobachten. Mit seinem Team hat er die Betreuungsquoten für unter dreijährige Kinder in den 325 westdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten ausgewertet. Die Daten stammen

aus den Jahren 1998 bis 2009, schließen also die Phase des verstärkten Ausbaus von Krippenplätzen ab 2005 ein. Und sie zeigen, dass die von der Politik erhoffte Wirkung eintritt: Bei einer Verbesserung der Betreuungsquote um zehn Prozentpunkte steigt auch die Geburtenrate um 2,8 Prozent. »Diese Erkenntnis ist ungemein wichtig für die familienpolitische Debatte, weil sie eine klare Handlungsempfehlung für die Politik beinhaltet«, sagt Helmut Rainer. »Sie muss versuchen, die Opportunitätskosten von Kindern zu senken.«

In Deutschland sind die familienpolitischen Ziele seit der Jahrtausendwende relativ klar definiert. Neben der Vereinbarkeit von Beruf und Familie soll die Geburtenrate angehoben und die Familie wirtschaftlich gefördert werden. »Jede familienpolitische Maßnahme muss sich an diesen Zielen messen lassen«, so Rainer. »Doch in Deutschland gibt es einen eigenwilligen Mix an Leistungen, die mitunter konträre Effekte haben.«

Direkte finanzielle Leistungen, etwa das Kinder- oder das als »Herdprämie« bekannte Betreuungsgeld, stützen die Familie zwar ein Stückweit, Studien zufolge nehmen sie aber gerade einkommensschwachen Müttern den Anreiz, zu arbeiten. Durch indirekte Leistungen, zum Beispiel die Verbesserung des Betreuungsangebots, erreiche man mehrere Ziele auf einmal.

Und wenn man sich auf gute Kitas und Schulen verlassen kann, traut man sich vielleicht eher, ein Kind zu bekommen. Auch wenn man beruflich noch nicht ganz da angekommen ist, wo man gerne wäre. In den meisten Bundesländern hat sich die Betreuungssituation erheblich verbessert. Der Arbeitsmarkt boomt seit Jahren, die Prognosen sind weiterhin ausgezeichnet. Passend dazu meldet das Statistische Bundesamt wieder steigende Geburtenraten. 2014 wurden je Frau 1,47 Kinder geboren, ein Jahr später 1,5 — so viele wie zuletzt 1982.

Und sogar geheiratet wird neuerdings wieder mehr. Natürlich auch aus Liebe.

